

PDG-Plenum

Dienstag, 12. Dezember 2017

Haushaltsdebatte – OB 30

Sehr geehrter Herr Präsident,
Werte Kolleginnen und Kollegen in Regierung und Parlament,

Haushaltsdebatte, das bedeutet immer auch Zahlen. Deshalb möchte ich zu Beginn einige Zahlen nennen.

- 3% weniger Schüler als im letzten Schuljahr
- 7% mehr Mittel für den Bildungshaushalt – insgesamt 111 Millionen Euro
- Das sind heruntergerechnet auf 12.477 Schüler fast 8.900 Euro pro Kopf und Jahr.

Und bevor der Einwand kommt: Nein, diese 111 Millionen Euro investieren wir nicht in Steine. Die Ausgaben für Infrastruktur sind in dieser Summe noch nicht enthalten. Die kommen noch hinzu. Allein rund 90 Millionen Euro werden netzübergreifend für Personalkosten aufgewendet.

Dass zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, ist die konsequente Umsetzung verschiedener und anstehender, dekretaler Neuerungen oder Änderungen. Konkret werden so Mittel für mehr als 40 neue Vollzeitstellen im Haushalt festgeschrieben.

Bildung ist also eine, wenn nicht die Priorität der Politik dieser Regierung. Und das ist gut, richtig und gewollt, eine Investition in die soziale, kulturelle und berufliche Zukunft der Bürger, in die Zukunft der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Politik muss sich immer an ihren Taten messen lassen.

Denn...

- **Wir brauchen eine Politik, die alle Akteure (sprich Schulleiter, Lehrer, Schüler und Eltern) in dem Prozess unterstützt, Schule als Haus des Leben und Lernens**

zu begreifen.

Dazu gehört die Unterstützung durch Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung. Zudem wird die (bereits für die Primarschule bestehende Unterstützung durch die) Fachberatung an der Autonomen Hochschule auf die Sekundarschulen ausgedehnt.

Schulleiter kennen das Phänomen: Nach der Schulleiterausbildung beginnt der wahre Alltag. Diesem wird anhand gezielter Weiterbildungen Rechnung getragen.

Und nicht zuletzt: Wie bei den Anhörungen zum gesellschaftspolitischen Thema „Gute und gesunde Schule im 21. Jahrhundert“ gefordert, sollen den Grundschulleitern administrative Mitarbeiter an die Seite gestellt werden.

- **Wir brauchen eine Politik, die innovative Projekte seitens der Akteure im Unterrichtswesen fördert:** Ich denke konkret an (Pilot)Projekte wie z.B. „Sonnenblume - Achtsamkeit in der Grundschule“ oder an neue Lernformen (einer wertschätzenden Lern- und Beziehungskultur) bei denen der Frontalunterricht - zumindest teilweise - durch individuelles und eigenverantwortliches Lernen ersetzt wird und kooperative Aktivitäten in den Mittelpunkt rücken,
- **Wir brauchen eine Politik, die selbst innovative Projekte auf den Weg bringt und die Schulen in ihrer Weiterentwicklung unterstützt,** z.B. bei der wachsenden Heterogenität in den Klassenzimmern:

In diesem Zusammenhang kommt dem Dekret für erstankommende Schüler, kurz EAS, große Bedeutung zu. Die Erwartungen waren hoch, umso erfreulicher ist, dass die ersten Erfahrungen mit dem EAS-Dekret positiv sind.

Nicht weniger wichtig ist das Projekt „Heterogenität als Chance nutzen“, an dem derzeit fünf Schulen im Rahmen einer Pilotphase teilnehmen. Wir erfinden in diesem Bereich das Rad nicht neu: Konkrete Hilfestellung und Begleitung bei der Erarbeitung von schuleigenen Projekten und Programmen erfahren wir durch Experten der Fachhochschule

Nordwestschweiz. Heterogenität, also das differenzierte Umgehen mit den Stärken und Schwächen eines jeden Schülers, soll auch ein Schwerpunktthema (im Bildungsbereich) im nächsten Umsetzungsprogramm des REK III werden. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Ausrichtung der zukünftigen Weiterbildungsangebote der AHS diesem Vorhaben angepasst werden.

(Solche Angebote müssen noch stärker als bisher berücksichtigen, dass sich unsere Schulgemeinschaften verändert haben und weiter verändern. Elemente dazu sind die Verschiedenheit der Kulturen und Nationalitäten, aber auch komplexere Schülerprofile im Förderbereich. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass rund fünf Prozent, also rund 600 unserer Schüler einen sonderpädagogischen Förderbedarf aufweisen. Eine Rolle spielen aber auch gesamtgesellschaftliche Veränderungen, wie etwa der sozio-ökonomische Hintergrund des Elternhauses.)

- **Wir brauchen eine Politik, die Rahmenbedingungen für Schulen verbessert:**

Dazu gehören Anstrengungen, die Schulkosten der Eltern weiter zu senken. Das dafür vorgesehene Budget wurde bereits einmal verdoppelt, trotzdem gibt es weiterhin Luft nach oben. Also müssen wir am Ball bleiben.

Zu den Rahmenbedingungen gehören aber auch die infrastrukturellen Voraussetzungen: Stichwort PPP 2. Die rechtlich-finanziellen Vorbereitungen und die Gespräche mit den betroffenen Schulen laufen auf Hochtouren, sodass ein Baubeginn in rund zwei Jahren realistisch zu sein scheint. Miteinbezogen in diese Planungsphase waren nicht nur die Schulleitungen, sondern auch die Kollegien. (Im Detail wird es in den kommenden Monaten unter anderem darum gehen, den genauen Raumbedarf zu besprechen, den Ausstattungsbedarf zu präzisieren, das pädagogische Konzept mit dem neuen Gebäude abzustimmen sowie die Vorgaben fürs architektonische Konzept festzulegen.)

Und schließlich wird es darum gehen, die Dienstrechtsreform zu finalisieren. Dazu gehören zwei in Vorbereitung befindliche Dekrete,
- eins zum einheitlichen, netzübergreifenden Dienstrecht und
- eins zu den Titeln und Ämtern.

Dem ist eine sehr gute Vorarbeit der Arbeitsgruppen im Rahmen von „Gutes Personal für gute Schulen“ vorausgegangen.

- **Wir brauchen eine Politik, die nicht von oben herab diktiert**, die die Akteure in ihre Überlegungen miteinbezieht und einen partizipativen Ansatz verfolgt. Hier stellt sich die Kleinheit unseres Gebietes als wahrer Trumpf dar. Denn wo anders ist solch eine Vorgehensweise möglich, wo der genaue Bedarf ermittelt wird, Konzepte wissenschaftlich und erfahrungsbasiert ausgearbeitet und diese in einer breiten Konzertierung mit allen Partnern angepasst werden?
- **Wir brauchen eine Politik, die visionär denkt, die die Herausforderungen der Zukunft für die Schule von morgen im Blick hat:**
 - So müssen wir uns dem Themenfeld Digitalisierung im Unterrichtswesen (der Deutschsprachigen Gemeinschaft) offensiv stellen: Diese Digitalisierung ist ein rasanter und permanenter Prozess. Das mag man bedauern oder gar ablehnen, aber als verantwortliche Politiker darf man sich dem nicht verschließen, da nicht zuletzt die Lebenswelt der Schüler davon geprägt wird. Es erfordert von uns, dass wir dieser Entwicklung nicht nur bei der Vermittlung von Unterrichtsinhalten Rechnung tragen müssen.
 - Eine ganze Reihe von Themen sollen im Rahmen der Erarbeitung einer „Gesamtvision für das Bildungswesen“ (der Deutschsprachigen Gemeinschaft) auf partizipative Weise bearbeitet werden. Zu diesen Themen gehören unter anderem die Organisation und Taktung des Schuljahres, die Arbeitszeit der Personalmitglieder im Unterrichtswesen, grundlegende pädagogische Fragestellungen und Weiteres. Es ist zu hoffen, da das Projekt neu ausgeschrieben werden muss, dass baldmöglichst ein geeigneter Partner gefunden wird, der die Diagnose des aktuellen Stands unseres Bildungssystems tätigt und in einer zweiten Phase dann die Beratung und Begleitung bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Gesamtvision durchführt.

Neben der Politik brauchen wir auch

- gut ausgebildete Lehrer, die die Fehler der Schüler als Lernchance wahrnehmen, für den Schüler, aber auch für den Lehrer selbst, damit er

dementsprechend seinen Unterricht abstimmen kann; Lehrer, die über diagnostische und erzieherische Kompetenzen verfügen („anleitend und anregend lehren und Lernstände regelmäßig überprüfen“).

- Wir brauchen Schulleiter, die ihren Personalmitgliedern Wertschätzung entgegenbringen und ihnen Rückhalt geben; Schulleiter, die in der Schule ein kollegiales Klima und optimale Arbeitsbedingungen schaffen.
- Wir brauchen Eltern, die ihr Vertrauen in die Schule setzen, in eine Schule, die sich auf den Weg gemacht hat.
- Wir brauchen ein Schulsystem, das Anerkennung und Ermutigung, Methodenvielfalt und Kreativität groß schreibt. Es ist wichtig, Talente bei den Schülern zu entdecken und auf Stärken aufzubauen.
- Wir brauchen eine Gesellschaft, die Werte wie Verantwortung, Engagement und Wertschätzung wieder vermehrt in den Mittelpunkt stellt.

Kolleginnen und Kollegen, Einiges ist erreicht, aber natürlich bleibt noch jede Menge zu tun. Und natürlich befinden sich auch die Schulen in einem Lernprozess.

Lassen Sie mich vier der verbleibenden Herausforderungen stichwortartig anreißen:

- die Kommunikation Schule-Eltern, von denen einige wegen der Sprachbarriere schwer erreichbar sind, muss von beiden Seiten verbessert werden; Schule, Eltern und Kinder sollen und müssen sich verstärkt austauschen und kooperieren, in geteilter Verantwortung – die Lehrpersonen als Experten der Pädagogik und die Eltern als Experten ihres Kindes,
- die kompetenzorientierte Leistungsermittlung und –bewertung muss an den differenzierten Unterricht angepasst werden – ein weiterer Schritt in Richtung Bildungsgerechtigkeit;

- bei der Auswahl der Lehramtskandidaten sollte die Eignung für die Arbeit mit den Schülern sowie personelle Kompetenzen, wie etwa Empathie, Umgang mit Stress oder psychische Widerstandsfähigkeit geprüft werden;

- der Lehrermangel – Wir brauchen eine gesellschaftliche Aufwertung des Berufsbilds „Lehrer“. Diese kann durch politische Maßnahmen erfolgen, indem beispielsweise das Beschäftigungsverhältnis schneller gesichert wird oder indem die Lehrer selbst in den Schulen Öffentlichkeitsarbeit leisten und einen Einblick „hinter die Kulissen“ ihres Berufs geben. Eine andere Möglichkeit sind mediengestützte Kampagnen, wie sie bereits jetzt in vielen Ländern – u. a. in der Flämischen Gemeinschaft – durchgeführt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zuletzt möchte ich noch auf ein Thema eingehen, das mir eine wahre Herzensangelegenheit ist, dem REK-Querschnittsprojekt „Inklusion“. Ich bin davon überzeugt, dass ein jeder hier im Hause davon der Meinung ist, dass wir diesem hehrem Ziel der Inklusion Schritt für Schritt näher kommen müssen - dies nicht erst seit 2009 mit der Unterzeichnung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Genau so bin ich aber auch davon überzeugt, dass die Diskussion um Inklusion nicht dogmatisch geführt werden darf. Der Anspruch beeinträchtigter Menschen auf größtmögliche Normalität im gesellschaftlichen Zusammenleben gilt ohne Wenn und Aber – nicht nur an den Schulen. Ihn in die Realität zu übertragen, heißt zunächst, gesicherte Erkenntnisse darüber zu ermitteln, was beim Thema Inklusion geht und was nicht geht. Wer die Grenzen des Sinnvollen von vornherein negiert und die Standpunkte der Beteiligten ignoriert, gibt sich einer Selbsttäuschung hin. Wir brauchen eine konstruktive Zusammenarbeit aller Akteure – Aussicht auf Erfolg haben wir nur, wenn alle Partner miteinander kooperieren. Genau so, wie wir die Stärkung des Rechts der Schüler auf eine individuelle Unterstützung in der Regelschule vorantreiben müssen, genauso sollten wir die hohe Professionalität und den hohen Standard, mit denen heute bei uns Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen gefördert werden, beibehalten. Denn die bloße Anwesenheit eines Kindes mit Beeinträchtigung in einer Regelklasse schafft weder Integration noch Inklusion.

Auch hier bleibt noch Einiges zu tun: die weitere Befähigung der Lehrpersonen über Aus- und Weiterbildung, der Ausbau der Zusammenarbeit von Regel- und

Förderschule, die weitere Sensibilisierung von Eltern und der Gesellschaft im Allgemeinen, um nur einige zu nennen.

Gerne wiederhole ich abschließend einen Gedankengang, den ich, werte Kollegen in Parlament und Regierung, im letzten Jahr - zum gleichen Zeitpunkt, an gleicher Stelle - formuliert habe: Schule ist nicht die Reparaturwerkstatt der Gesellschaft, aber sie ist ein Teil der Gesellschaft. Die Schule ist Teil unserer gesellschaftlichen Ordnung und sollte sich mit ihr wandeln. Der Ausbau von Mitbestimmung und Teilhabe von Lehrern, Schülern und Eltern an der Schule sollten in meinen Augen mit diesem Prozess einhergehen.

Die ProDG-Fraktion wird dem OB 30 vorbehaltlos zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Petra SCHMITZ – ProDG-Fraktion